

Die Lebensmittelpreise.

(Vgl. auch die Artikel „Die Kritik am Kriegsernährungsamt“ in Nr. 897 und „Die Versorgung mit Kartoffeln“ in Nr. 899)

Wenn, wie wir gesehen haben, für die Volksernährung hohe Preise durchaus nicht immer den Zweck erreichen, daß die Produktion gefördert und der Verbrauch auf das Notwendige beschränkt wird, so haben diejenigen, die mit schmalem Geldbeutel in einen dritten Kriegswinter hineingehen, um so mehr das Recht, zu verlangen, daß die Lebensmittelpreise auf ihre Berechtigung hin geprüft werden und daß die Lebensführung der Schwachen erleichtert wird. Der Regierung darf man nicht vorwerfen, sie sei darin bisher untätig gewesen. Sie hat sich vor allem für die Massen-speisungen eingesetzt, die mehr als jedes andere Mittel dem Volke die Teuerung erträglich machen können und von denen leider immer noch nicht im wünschenswerten Umfange Gebrauch gemacht wird. Diese Einrichtungen haben den zweifachen Vorteil, daß der einzelne für geringes Geld seine Nahrung bezieht und daß die Allgemeinheit die ihr zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel sparsamer und vernünftiger verwertet. Die Gemeinschafts-speisung verdient deshalb vor jeder andern sozialen Maßregel in der Volksernährung den Vorzug, wenn auch die andern dadurch nicht überflüssig werden.

So ist es durchaus notwendig, daß die Allgemeinheit einen Teil der Mehrkosten, die infolge der steigenden Lebensmittelpreise entstehen, den Schwachen abnimmt. Die Städte haben das schon in großem Umfange getan; aber ihre Kraft ist begrenzt. Die Regierung hat sich dazu bisher nur bei der Kartoffelversorgung bereit erklärt, indem sie den Gemeinden Zuschüsse in Aussicht stellt, um den Kartoffelpreis für den Verbraucher nicht über eine gewisse Grenze steigen zu lassen. Damit diese Zuschüsse und Beihilfen sich nicht zu Liebesgaben für Produzenten und Händler auswachen, hat das Kriegsernährungsamt aber die dringende Pflicht, auf die Berechtigung der Preise zu achten und Preistreiberien scharfer entgegenzutreten als das bisher geschehen ist. Wenn z. B. auf der Generalversammlung der bauerlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaft Wöhlen die Landwirte vor einigen Tagen einen Eierpreis von 20 bis 25 J. bei Berücksichtigung der mit der Hühnerzucht in der Jetztzeit zusammenhängenden Schwierigkeiten für durchaus angemessen erklärten, dann ist das doch ein Wink für eine gerechte Preisfestsetzung. Die deutlichsten Beispiele bleiben die Gemüse- und Obstpreise. Aus den verschiedensten Gründen ist es sehr schwierig, die Preise auf dem Gemüse- und Obstmarkt behördlich zu regeln. Daß örtliche Höchstpreisfestsetzungen die Verbraucher vom Regen in die Traufe führen, haben wir oft genug erfahren, aber auch die allgemeine Regelung durch das Reich hat ihre Bedenken. Die Verhältnisse in den einzelnen Produktionsgebieten und in verschiedenen Landesteilen weichen so sehr voneinander ab, daß die einheitliche Festsetzung, die für Getreide, Brot, Zucker, Hülsenfrüchte, in geringerem Maße auch für Fett, Vieh und Fleisch möglich ist, große Ungerechtigkeiten mit sich bringt. Ein Preis, der für die eine Gegend überreichlich ist und Unzufriedenheit weckt, kann für eine andere Gegend zu niedrig sein, so daß die Versorgung in Schwierigkeiten geraten muß; ein Preis, der am Samstag zu knapp erschien, kann am Montag, wenn die Witterung günstig war, vielleicht schon viel zu hoch sein. Herr v. Batocki hat aber dennoch das heiße Eisen angefaßt und zunächst Höchstpreise für Pflanzen festgesetzt, die erheblich unter den Marktpreisen liegen. Man wird abwarten müssen, ob der neue Weg — feste Produzentenpreise und wechselnde die Verhältnisse berücksichtigende Kleinhandelspreise — zum Ziele führt und auch für andere Obstsorten und für Gemüse möglich ist. Trotz aller Schwierigkeiten der Durchführung ist daran festzuhalten, daß Gemüse und Obst zu den wenigen Lebensmitteln gehören, deren Preise noch wesentlich gesenkt werden können, ohne die Produzenten um ihren Lohn zu bringen. Freilich kann das Kriegsernährungsamt nichts ausrichten, wenn die Verbraucher in blinder Hamstertätigkeit Preise bieten, die alle Festsetzungen über den Haufen werfen.

Eine Verbilligung der Kartoffeln ist kaum zu erhoffen; die Preise liegen fest und wenn daran etwas eingespart werden soll, so wird man sich wohl an die Vermittlergebühren halten müssen, die reichlich hoch sind. Im übrigen muß man, wie oben schon gesagt wurde, dem noleidenden Teil der Bevölkerung aus der Reichskasse ersetzen, was über einen normalen Preis für Kartoffeln bezahlt werden muß. Was das andere wichtige Nahrungsmittel, das Fleisch angeht, so muß man die Hoffnungen, daß es in den kommenden Monaten reichlicher oder zu kleineren Preisen zur Verfügung stehen wird, endgültig fahren lassen. Wenn man sich darin wieder in falsche Erwartungen einlassen läßt, so wird die Enttäuschung um so

bitterer sein. Jedenfalls hat die Schweinemast nicht die Erfolge erzielt, die man sich versprochen hatte. Die Gründe liegen zum Teil darin, daß das in den Sommermonaten nötig gewordene Verbot, Kartoffeln zu verfüttern, die Mastungen behindert hat. Stärker wirkte aber noch die unsichere Haltung der Regierung in der Frage der Hauschlachtungen. Das Verbot, Schweine für den eigenen Haushalt zu schlachten, ist längst wieder aufgehoben; aber auf dem kleinen Schweinezüchter lastet immer noch die Befürchtung, daß ihm eines Tags durch Enteignung die Frucht seiner Mastarbeit von andern gepflückt werden könnte. So unberechtigt dieses Mißtrauen auch ist, es hat auf die Schweinehaltung sehr ungünstig eingewirkt und unserer Fleisch- und Fettversorgung erheblich geschadet. Aufklärende Worte, Versprechungen und patriotisches Zureden werden vielleicht beim einen oder andern Schweinezüchter helfen; im allgemeinen wird man zu andern Mitteln greifen müssen, deren wirksamstes wohl eine Verbilligung der Futtermittel ist. Wir haben eine gute Gerstenernte, aus der den Mästern zu neuen und niedrigeren Preisen Material zur Verfügung zu stellen wäre. Das wäre immerhin ein positiver Anreiz, das Versäums nachzuholen und für die kommende Zeit auch unsere schwachen Fettvorräte zu ergänzen.

An eine Steigerung der auf den Kopf der Bevölkerung fallenden Fleischmenge ist auch dann nicht zu denken. Die neue Reichs-fleischkarte verspricht zwar jedem Deutschen wöchentlich 250 Gramm; aber diese Menge wird keineswegs garantiert, sie stellt lediglich die oberste Grenze vor, bis zu der in den günstigsten Fällen gegangen werden kann. Im allgemeinen wird sich die Bevölkerung mit weniger Fleisch behelfen müssen; teils weil nicht genügend geschlachtet wird, teils auch, weil die Ware zu teuer ist. Die scheinbar so demokratische Einrichtung der Fleischkarte bedingt durchaus nicht alle in gleicher Weise. Das verhindern schon die außerordentlich verschiedenen Fleischpreise in den verschiedenen Städten. Der westdeutsche Großstädter muß für seine 250 Gramm Fleisch etwa doppelt soviel anlegen als der ostdeutsche Kleinstädter; bei gleichen Lebensverhältnissen kann er also nur halb soviel Fleisch kaufen wie der glücklichere Volksgenosse im Osten. Die Reichs-fleischkarte wird daran nichts ändern; sie wird auch nicht verhüten können, daß viele die ihnen zustehende Portion wegen der hohen Preise nicht abheben können. Deshalb ist es besonders zu begrüßen, daß ein Abschnitt in der neuen Verordnung über die Reichs-fleischkarte bestimmt, daß der Inhaber der Fleischkarte auf die ihm zustehende Menge verzichten und dafür andere Lebensmittel beziehen kann. Dieser Weg, die wirtschaftliche Kraft zu berücksichtigen, ist gangbarer als der von anderer Seite vorgeschlagene, die Preise nach der Einkommenshöhe abzustufen. Das steuernmäßig festgesetzte Einkommen ist bekanntlich durchaus nicht maßgebend für die wirtschaftliche Kraft oder Schwäche des einzelnen; ein Familienvater mit vielen Kindern mag ein recht hohes Einkommen haben und wird von den Lebensmittelpreisen doch ganz anders gedrückt als ein anderer, der zwar ein geringeres Einkommen hat, aber keine Kinderschar zu sättigen braucht.

Auch was außer Fleisch und Fett an Viehprodukten der menschlichen Ernährung dient, wird knapp bleiben. Da wir in die milch- armen Monate eingetreten sind, wird demnächst damit zu rechnen sein, daß Vollmilch nur für Kinder und Kranke vorhanden ist, während man sich im übrigen mit der früher zu Unrecht verästerten Magermilch abfinden wird. Dunkel sind die Aussichten der Butterversorgung; da es aber der Z.-E.-G. trotz aller Widerstände gelungen ist, den regen Schmuggel mit ausländischer Butter ziemlich zu unterbinden, so wird man doch damit rechnen dürfen, daß wenigstens keine Herabsetzung der Wochenportionen nötig wird. Ein immer fühlbarer werdender Mangel an Käse beweist, daß die Milchknappheit eine internationale Erscheinung ist, die auch in dem wichtigsten Käseerzeugungsland zu bemerken ist. Ein holländisches Blatt, das seine Sympathien jenseit des Kanals hat, will freilich glauben machen, daß die Engländer neuerdings höhere Preise zahlten und deshalb größere Mengen erhielten. Da aber der Argwohn berechtigt ist, daß diese Mitteilungen den Zweck haben, die Preispolitik der Z.-E.-G. die den deutschen Verbrauchern verhältnismäßig niedrige Käsepreise gesichert hat, zu distrobittern, sei die Lesart vorläufig nur verzeichnet.

Der Vollständigkeit halber seien noch einige Worte über die Aussichten unserer Zuckerversorgung, die ja bekanntlich die tollsten Sprünge gemacht hat, gesagt. Wie die Zuckerrübenenernte ausfallen wird, läßt sich heute noch nicht sagen; wenn sie gut werden soll, muß wärmeres Wetter eintreten. Nach der großen Einschränkung der Rübenbaufläche im Jahre 1915 — eine der Unbegreiflichkeiten unserer wirtschaftlichen Kriegsführung — wurde in diesem Jahre der Versuch der Produktionssteigerung durch Erhöhung der Rüben- und Rohzuckerpreise gemacht. Mit welchem Erfolge, bleibt abzuwarten. Daß wir mit Hilfe dieser